

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Union

129. Versammlung der Interparlamentarischen Union vom 7. bis 9. Oktober 2013 in Genf, Schweiz

Inhaltsverzeichnis

I.	129. Versammlung der Interparlamentarischen Union	2
II.	193. Sitzung des Rates (Governing Council)	3
III.	Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentariern.....	4
IV.	Sitzungen der Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (ASGP).....	4
V.	Verabschiedete Entschlüsse	5
VI.	Erklärung des Präsidenten zu den Terroranschlägen in Kenia	6
VII.	Amtsträger in der Interparlamentarischen Union	7

Die 129. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) fand vom 7. bis 9. Oktober 2013 in Genf statt.
Der deutschen Delegation gehörten folgende Mitglieder an:

Abgeordneter **Dr. Norbert Lammert** (CDU/CSU), Delegationsleiter

Abgeordnete **Uta Zapf** (SPD)

Abgeordneter **Josef Philip Winkler** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

I. 129. Versammlung der Interparlamentarischen Union

I.1 Teilnehmer und Tagesordnung

An der 129. Versammlung der IPU in Genf nahmen 1.191 Personen, davon 539 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 132 Mitgliedsparlamenten sowie Vertreter assoziierter Organisationen und Beobachter von Seiten der Vereinten Nationen (VN) und anderer internationaler Organisationen teil. Unter den Parlamentariern waren 40 Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten sowie 36 stellvertretende Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten. Insgesamt gehörten 168 Parlamentarierinnen den verschiedenen Delegationen an, was einem Anteil von 31,2 Prozent entspricht. Die Versammlung wurde durch den Präsidenten der IPU, **Abdelwahad Radi** (Marokko), geleitet.

Auf der Tagesordnung der 129. Versammlung standen die Diskussion und Beschlussfassung über die Aufnahme eines Dringlichkeitstagesordnungspunktes sowie Podiumsdiskussionen zu folgenden Themen: „Auf dem Weg zu einer kernwaffenfreien Welt: Der Beitrag der Parlamente“ (Ständiger Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit), „Für eine gefahrenresistente Entwicklung: Berücksichtigung der demographischen Trends und der natürlichen Zwänge“ (Ständiger Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel) und „Die Rolle der Parlamente beim Schutz der Rechte von Kindern – insbesondere von unbegleiteten Migrantenkindern – und der Verhütung ihrer Ausbeutung in Kriegs- und Konfliktsituationen“ (Ständiger Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte). Daneben wurde der Bericht des Ausschusses der IPU für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen behandelt sowie Satzungs- und Geschäftsordnungen der IPU beschlossen. Der von den Parlamentariern verabschiedete Dringlichkeitstagesordnungspunkt behandelte „Die Rolle der Parlamente bei der Überwachung der Vernichtung von Chemiewaffen und des Verbots ihrer Verwendung“. Die 129. Versammlung billigte weiterhin eine Erklärung des Sitzungspräsidenten zu den Terroranschlägen in Kenia.

Des Weiteren führte der Delegationsleiter ein bilaterales Gespräch mit dem armenischen Parlamentspräsidenten **Hovik Abrahamyan**. Die Delegation nahm bilaterale Gespräche mit Parlamentsmitgliedern der Vereinigten Arabischen Emirate, Japans und Pakistans wahr.

Eine Kurzzusammenfassung der Ergebnisse der 129. Versammlung der IPU sowie die während der Versammlung verabschiedeten Resolutionen und Dokumente sind unter der Internetadresse <http://www.ipu.org/conf-e/129/sr.pdf> in englischer Sprache abrufbar.

I.2 Verlauf der 129. Versammlung

Die 129. Versammlung der IPU wurde am 7. Oktober 2013 im Centre International de Conférence Genève (CICG) durch den Präsidenten der IPU, **Abdelwahad Radi**, eröffnet. Der Präsident hob die Rolle des politischen Dialogs und der Verhandlungen als einzige zulässige Mittel zur Durchsetzung von Freiheit und Frieden hervor.

Nachfolgend diskutierte die Versammlung die Vorschläge für die Aufnahme eines Dringlichkeitstagesordnungspunktes in die Tagesordnung. Nach Artikel 11 der Geschäftsordnung der Versammlung kann jedes Mitglied die Aufnahme eines Dringlichkeitstagesordnungspunktes in die Tagesordnung der Versammlung beantragen. Der Versammlung lagen Dringlichkeitstagesordnungspunkte aus Marokko/Palästina, Uruguay, Syrien und den nordischen Staaten Dänemark/Finnland/Island/Norwegen/Schweden zur Abstimmung vor. Die von den Delegationen aus Frankreich, Haiti, Kenia und Mexiko eingereichten Vorschläge für Dringlichkeitstagesordnungspunkte wurden zurückgezogen. Der von den nordischen Staaten eingereichte Vorschlag „Die Rolle der Parlamente bei der Überwachung der Vernichtung von Chemiewaffen und des Verbots ihrer Verwendung“ erhielt in der Abstimmung die meisten Stimmen.

I.3 Dringlichkeitstagesordnungspunkt

In der Debatte über den in die Tagesordnung aufgenommenen Dringlichkeitstagesordnungspunkt lenkte die finnische Delegation die Aufmerksamkeit auf den Einsatz chemischer Waffen in Syrien. Es habe sich bestätigt, dass es immer noch Länder gebe, die über ein einsatzbereites Chemiewaffenarsenal verfügten. Dies habe die Delegationen aus den nordischen Ländern dazu bewogen, sich mit dem Thema zu befassen. Viele der dreißig Redner äußerten sich zu der Frage, wie die nationalen Parlamente die Umsetzung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (Chemiewaffenkonvention) aktiv fördern könnten. Die Chemiewaffenkonvention genieße weltweite Unterstützung, da sie von 189 Ländern ratifiziert worden sei. Der von den nordischen Ländern eingebrachte Entschließungsentwurf wurde zur Überarbeitung an einen Redaktionsausschuss verwiesen. An dessen Verhandlungen nahm die Abgeordnete **Uta Zapf** (SPD) teil. Zu der durch die Versammlung beschlossenen Resolution äußerten die Delegationen aus Algerien, Bolivien, Kuba, Ecuador, Iran, Libanon, Nicaragua, Palästina, Peru, Sudan,

Syrien und Venezuela Vorbehalte hinsichtlich der Aufnahme eines Hinweises in Absatz 7 der Präambel auf die IPU-Resolution „Durchsetzung der Schutzverantwortung: Die Rolle der Parlamente beim Schutz des Lebens von Zivilpersonen“ in diese Resolution (siehe V.).

I.4 Ausschusssitzungen

Im Rahmen der Ausschusssitzungen fanden verschiedene Podiumsdiskussionen statt. Diese Diskussionen in den drei Ständigen Ausschüssen dienten der thematischen Vorbereitung von Entschlüssen, die auf der nächsten Versammlung der IPU verabschiedet werden sollten.

Im Ständigen Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit diskutierten die Podiumsteilnehmer und Ausschussmitglieder aus 31 Parlamenten über den Weg zu einer atomwaffenfreien Welt. Fast alle äußerten sich besorgt über die weite Verbreitung und sogar Modernisierung nuklearer Waffen entgegen den bestehenden internationalen Abkommen. Angesprochen wurde insbesondere die Gefahr, dass die nuklearen Waffen in die Hände von Terroristen gelangten. Hervorgehoben wurde das Handbuch des Parlamentarischen Netzwerkes für nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung „*Parliamentarians for Nuclear Non-Proliferation and Disarmament*“ (PNND) unter dem Titel „*Supporting Nuclear Non-Proliferation and Disarmament*“ als ein erfolgreicher Beitrag aus Parlamenten. Mehrfach betont wurde das Erfordernis eines gemeinsamen Vorgehens, koordiniert durch die IPU.

Der Ständige Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel befasste sich mit dem Thema „Für eine gefahrenresistente Entwicklung: Berücksichtigung der demographischen Trends und der natürlichen Zwänge“. In der Debatte wurde diskutiert, inwieweit das Populationswachstum, die städtebauliche Entwicklung und der Klimawandel das Risiko von Naturkatastrophen erhöhten.

Im Ständigen Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte erfolgte ein Austausch über „Die Rolle der Parlamente beim Schutz der Rechte von Kindern – insbesondere von unbegleiteten Migrantenkindern – und der Verhütung ihrer Ausbeutung in Kriegs- und Konfliktsituationen“. Im Rahmen der Diskussion wiesen einige Redner auf die Verwundbarkeit von Kindern hin, die durch einen Konflikt vertrieben worden seien, wie etwa in Syrien. Diese Kinder litten an dem fehlenden Zugang zu Grundrechten wie Bildung und seien einem höheren Risiko von körperlicher oder sexueller Misshandlung ausgesetzt.

Im Ausschuss für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen diskutierten die Parlamentarier über „Die Umsetzung der Resolution 1540 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen)“. Als Podiumsteilnehmerin hob Abgeordnete **Uta Zapf** (SPD) das Erfordernis eines internationalen Erfahrungsaustausches sowie einer Unterstützung einzelner Staaten bei der Implementierung der Resolution 1540 hervor. Sie betonte, es sei die Aufgabe von Parlamentariern sicherzustellen, dass die Regierungen nicht dem Druck der Industrie nachgäben.

I.5 Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungen der IPU

Die Versammlung beschloss einstimmig eine Reihe von Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungen. Entsprechend des neu eingeführten Formates werden beide Versammlungen jeweils vier Tage andauern. Die Präsidien der Ständigen Ausschüsse wurden vergrößert und der Ausschuss der Vereinten Nationen erhielt den Status eines nunmehr vierten Ständigen Ausschusses der IPU.

II. 193. Sitzung des Rates (Governing Council)

II.1 Mitgliedschaft in der IPU

Der Rat gab dem Antrag auf Mitgliedschaft in der IPU des Parlamentes von Bhutan und dem Antrag auf Wiederaufnahme des Parlamentes von Somalia statt. Unter Berücksichtigung des Ausnahmecharakters der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Somalia verzichtete der Rat auf die Zahlungsrückstände Somalias gegenüber der IPU. Darüber hinaus gab der Rat dem Antrag auf Beobachterstatus der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (PAECO) statt.

Im Hinblick auf die Mitgliedschaft des ägyptischen Parlaments beschloss der Rat auf Empfehlung des Exekutiv-ausschusses, von der Bestimmung des Artikel 4.2 der Satzung der IPU Gebrauch zu machen. Artikel 4.2 der Satzung der IPU sieht die Möglichkeit der Aufhebung einer Mitgliedschaft in der IPU vor. Hintergrund sei die aktuelle politische Situation in Ägypten, in der es de facto kein Parlament und damit derzeit kein Mitglied in der IPU gäbe.

II.2 Haushalt für 2014

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 richtete sich in seinen Ausgaben nach den Zielen und Aufgaben der IPU, wie sie in der „Strategie für die IPU 2012 bis 2017“ niedergelegt sind. Danach seien im Haushalt Einsparungen im Bereich Personal, Reisen, Versicherungen und Büroausstattung vorgesehen. Außerdem lag dem Rat der Bericht über die Haushaltssituation der IPU vor, den dieser zur Kenntnis nahm.

Die Beiträge der Mitglieder der IPU orientieren sich an dem für die Vereinten Nationen festgelegten Verteilungsschlüssel. Aufgrund der Aktualisierung des Verteilungsschlüssels der Vereinten Nationen wurde auch der Maßstab für die Mitgliedsbeiträge der IPU entsprechend angepasst. Daher änderten sich für einige Mitgliedsparlamente die Höhe der Beiträge, wobei die Summe der Beiträge unverändert blieb. Der Verteilungsschlüssel der IPU berücksichtigt die wirtschaftliche Leistungskraft der einzelnen Länder und nimmt gleichzeitig Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten der am wenigsten entwickelten Länder. Der Beitrag des Deutschen Bundestages zum Haushalt der IPU beträgt für das Jahr 2014 784.600 Schweizer Franken (7,17 Prozent der Mitgliedsbeiträge).

Am 9. Oktober 2013 verabschiedete der Rat den Haushalt der IPU für das Jahr 2014, der Ausgaben in Höhe von 13.746.400 Schweizer Franken vorsah.

II.3 Umsetzung der Strategie der IPU für 2012 bis 2017

Der Rat nahm die Entscheidung des Exekutivausschusses für eine modifizierte Farbversion des aktuellen IPU-Logos zur Kenntnis. Das Logo enthält unter der Grafik den Untertitel „*For democracy, for everyone*“.

III. Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentariern

Der Ausschuss behandelte Fälle von 180 aktiven bzw. ehemaligen Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus 24 Ländern. Er leitete 21 Resolutionen an den Rat weiter, die Fälle aus den Ländern Bahrain, Weißrussland, Burundi, Kambodscha, Kamerun, Tschad, Kolumbien, der Demokratischen Republik Kongo, Eritrea, Island, Madagaskar, Malediven, Mongolei, Pakistan, Palästina/Israel, Sri Lanka und Türkei betrafen. Der Rat beschloss diese 21 Resolutionen, wobei die Delegationen aus Bahrain, der Demokratischen Republik Kongo und Sri Lanka Vorbehalte formulierten.

IV. Sitzungen der Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (ASGP)

Parallel zu den Versammlungen der IPU tagt die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (ASGP). Die Vereinigung ist nach Artikel 27 der Satzung der IPU ein beratendes Gremium der Interparlamentarischen Union. Ziel der Vereinigung ist es, den Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen den Generalsekretären (Direktoren) der Parlamente zu stärken, und zwar unabhängig davon, ob das Parlament Mitglied der IPU ist.

An den Sitzungen der ASGP in Genf nahm der stellvertretende Direktor beim Deutschen Bundestag, Prof. Dr. **Ulrich Schöler**, teil, der zudem Vizepräsident der Vereinigung ist. Themen der Generaldebatten der Vereinigung waren: „Wie bringen die nationalen Parlamente die Arbeit der Parlamentarier, die an internationalen parlamentarischen Versammlungen teilnehmen, voran?“, „Parlamentsgebäude – Herausforderungen und Chancen“ sowie „Die Entstehung der parlamentarischen Diplomatie – Praxis, Herausforderungen und Risiken“. Am 10. Oktober 2013 fand eine gemeinsame Konferenz von IPU und ASGP mit dem Thema „Die Lösung von Konflikten zwischen Legislative und Judikative“ statt.

Dr. Norbert Lammert

Leiter der deutschen Delegation in der IPU

V. Verabschiedete Entschlüsse

Die Rolle der Parlamente bei der Überwachung der Vernichtung von Chemiewaffen und des Verbots ihrer Verwendung

Von der 129. Versammlung der IPU im Konsensverfahren* verabschiedete Resolution (Genf, 9. März 2013)

Die 129. Versammlung der Interparlamentarischen Union,

betrübt aufgrund der jüngsten Verwendung von Chemiewaffen, die hunderte Leben forderte,

unter Verurteilung der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Verwendung von Chemiewaffen,

mit Genugtuung über die ständige harte Arbeit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen im Rahmen der Beaufsichtigung und Überwachung der Umsetzung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (Chemiewaffenübereinkommen),

besorgt über die fortwährende Existenz deklarerter Lagerbestände, die sich auf mehr als 13.000 metrische Tonnen Chemiewaffen belaufen,

unter Betonung der Notwendigkeit einer universellen Einhaltung des Verbots der Verwendung von Chemiewaffen,

unter Hinweis auf das Chemiewaffenübereinkommen, dem 189 Staaten angehören, und das Genfer Protokoll von 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege,

in Anbetracht der IPU-Resolution mit dem Titel „Durchsetzung der Schutzverantwortung: Die Rolle der Parlamente beim Schutz des Lebens von Zivilpersonen“,

in Anerkennung des Beitritts der Arabischen Republik Syrien zum Chemiewaffenübereinkommen, sowie *unter Betonung* der Notwendigkeit, die Bestimmungen des Übereinkommens voll und ganz einzuhalten,

1. *ruft* alle Parlamente *dazu auf*, die Verwendung von Chemiewaffen zu verurteilen und einen Beitrag zu einer vollständigen Ächtung der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Verwendung von Chemiewaffen zu leisten;
2. *fordert* die Parlamente *nachdrücklich dazu auf*, von ihren nationalen Behörden, die für die Verwaltung von Chemiewaffen zuständig sind, Statusberichte zu verlangen;
3. *fordert* die Parlamente ebenfalls *nachdrücklich dazu auf*, ihre nationalen Gesetze im Hinblick auf Chemiewaffen zu überprüfen und ihre Kontrollbefugnisse auszuüben, um deren wirksame Umsetzung zu gewährleisten;
4. *ruft* die Parlamente *dazu auf*, ihre Regierungen aufzufordern, das Chemiewaffenübereinkommen zu unterzeichnen und zu ratifizieren;
5. *ruft* die Parlamente *dazu auf*, die rasche Zerstörung aller deklarierten Chemiewaffenbestände zu fordern, und betont die Notwendigkeit der Einhaltung der im Chemiewaffenübereinkommen festgelegten Fristen;
6. *ersucht* die Parlamente, die unschätzbare Arbeit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen zu unterstützen und ihren Weisungen vollständig nachzukommen;
7. *fordert* alle Staaten, die dem Chemiewaffenübereinkommen noch nicht beigetreten sind, *nachdrücklich dazu auf*, es umgehend und ohne Vorbehalte zu ratifizieren oder ihm beizutreten;
8. *fordert* die internationale Gemeinschaft *dazu auf*, Finanzierungsquellen für die sichere Zerstörung von Chemiewaffenlagerbeständen zu suchen.

* Die Delegationen Algeriens, Boliviens, Kubas, Ecuadors, des Iran (Islamische Republik), des Libanon, Nicaraguas, Palästinas, Perus, des Sudan, der Arabischen Republik Syrien und Venezuelas äußerten Vorbehalte im Hinblick auf die Aufnahme eines Hinweises in Absatz 7 der Präambel auf die IPU-Resolution „Durchsetzung der Schutzverantwortung: Die Rolle der Parlamente beim Schutz des Lebens von Zivilpersonen“ in diese Resolution.

VI. Erklärung des Präsidenten zu den Terroranschlägen in Kenia

unterstützt von der 129. Versammlung der IPU (Genf, 9. Oktober 2013)

Für die an der 129. Versammlung der Interparlamentarischen Union teilnehmenden Parlamentsmitglieder bringe ich unsere tiefe Besorgnis angesichts des jüngsten Terroranschlags auf das Westgate-Einkaufszentrum in Nairobi, Kenia, zum Ausdruck, der das Leben von 67 Menschen forderte und 175 Verletzte zur Folge hatte.

Wir sprechen dem Parlament und dem Volke Kenias angesichts dieser nationalen Tragödie unser Beileid aus.

Wir äußern ebenfalls unsere große Besorgnis angesichts der Zunahme von Terroranschlägen, die Kenia und andere ostafrikanische Ländern wie Burundi, Uganda und die Vereinigte Republik Tansania heimgesucht haben und weiterhin das Leben unschuldiger Menschen bedrohen.

Wir verurteilen den Terrorismus in allen seinen Formen nachdrücklich. Wir äußern unsere Empörung angesichts derartiger feiger und verwerflicher Akte, die aus keinerlei politischen, religiösen oder ideologischen Gründen gerechtfertigt werden können.

Wir bekräftigen erneut, dass die Erzielung von dauerhaftem Frieden und Verständnis nur durch Dialog und Verhandlungen möglich ist.

Wir appellieren an die nationalen Parlamente sicherzustellen, dass Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus in Kraft sind und, noch wichtiger, durchgesetzt werden. Die Straflosigkeit der Täter terroristischer Anschläge wird nur zu noch weiteren Terroranschlägen führen. Es ist an der Zeit, den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen, dabei jedoch den Grundsatz der gewaltfreien Beilegung von Konflikten zu achten.

VII. Amtsträger in der Interparlamentarischen Union nach der 129. Versammlung

Präsident der IPU: Herr A. Radi (Marokko)
Generalsekretär: Herr A. B. Johnsson (Schweden)

Zusammensetzung des Exekutivausschusses

Ex-officio-Präsident: Herr A. Radi (Marokko)
Vizepräsidentin: Frau I. Passada (Uruguay)
IPU-Vizepräsidenten: Herr R. M. Kh. Al Shariqi (Vereinigte Arabische Emirate)
 Herr F. M. Drilon (Philippinen)
 Frau N. Motsamai (Lesotho)
 Herr V. Senko (Belarus)
 Herr R. Walter (United Kingdom)
Mitglieder: Frau N. Assegaf (Indonesien)
Vakant (Kanada)
 Frau F. Diendere Diallo (Burkina Faso)
 Herr K. Dijkhoff (Niederlande)
 Frau R. Kadaga (Uganda)
Vakant (Deutschland)
 Frau S. Moulengui-Mouélé (Gabon)
 Herr M. R. Rabbani (Pakistan)
 Herr P. Tanbanjong (Thailand)
 Herr D. Vivas (Venezuela)

Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit

Präsident:	Herr S. H. Chowdury (Bangladesch)	<i>Asien-Pazifik Gruppe</i>
Erster Vizepräsident:	Herr D. Filmus (Argentinien)	<i>Gruppe Lateinamerikas und der Karibik</i>
Vizepräsidenten:	<i>Ordentliche Mitglieder</i>	<i>Stellvertretende Mitglieder</i>
<i>Afrika Gruppe</i>	Herr G. Schneeman (Südafrika)	Herr A. Bougue (Kamerun)
<i>Arabische Gruppe</i>	Herr N. Lazrek (Marokko)	Frau S. Haj Hassan (Jordanien)
<i>Asien-Pazifik Gruppe</i>	<i>Aktueller Präsident</i>	Herr S. Danusubroto (Indonesien)
<i>Eurasische Gruppe</i>	<i>Vakant</i>	<i>Vakant</i>
<i>Gruppe Lateinamerikas und der Karibik</i>	<i>Aktueller Erster Vizepräsident</i>	Herr L. E. Sierra Grajales (Kolumbien)
<i>Gruppe der Zwölf Plus</i>	<i>Vakant</i>	<i>Vakant</i>

Berichterstatter des Ausschusses für die 130. Versammlung

Frau Y. Ferrer Gómez (Kuba)
Herr B. Calkins (Kanada)

Ausschuss für Nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel

Präsident:	Herr R. León (Chile)	<i>Gruppe Lateinamerikas und der Karibik</i>
Erster Vizepräsident:	Herr F.-X. de Donnea (Belgien)	<i>Gruppe der Zwölf Plus</i>
Vizepräsidenten:	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
<i>Afrika Gruppe</i>	Herr J. J. Mwiimbu (Sambia)	Herr H. R. Mohamed (Tansania)
<i>Arabische Gruppe</i>	<i>Vakant</i>	Herr M. Dmour (Jordanien)
<i>Asien-Pazifik Gruppe</i>	Herr I. A. Bilour (Pakistan)	<i>Vakant</i>
<i>Eurasische Gruppe</i>	Herr B.-Z. Zhambalnimbuyev (Russische Föderation)	<i>Vakant</i>
<i>Gruppe Lateinamerikas und der Karibik</i>	<i>Aktueller Präsident</i>	Herr F. Bustamente (Ecuador)
<i>Gruppe der Zwölf Plus</i>	<i>Aktueller Erster Vizepräsident</i>	Frau M. Obradović (Serbien)

Berichterstatter des Ausschusses für die 130. Versammlung

Herr S. H. Chowdhury (Bangladesch)
Herr P. Mahoux (Belgien)

Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte

Präsident:	Herr O. Kyei-Mensah-Bonsu (Ghana)	<i>Afrika Gruppe</i>
Erster Vizepräsident:	Herr S. Gavrilov (Russische Föderation)	<i>Eurasische Gruppe</i>
Vizepräsidenten:	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
<i>Afrika Gruppe</i>	<i>Aktueller Präsident</i>	Frau P. Fouty-Soungou (Kongo)
<i>Arabische Gruppe</i>	Frau J. Nassif (Bahrain)	Herr R. Abdul-Jabbar (Irak)
<i>Asien-Pazifik Gruppe</i>	Frau Ms. F. Z. Nadiri (Afghanistan)	<i>Vakant</i>
<i>Eurasische Gruppe</i>	<i>Aktueller Erster Vizepräsident</i>	<i>Vakant</i>
<i>Gruppe Lateinamerikas und der Karibik</i>	Herr J. M. Galán (Kolumbien)	Frau G. Ortíz (Mexiko)
<i>Gruppe der Zwölf Plus</i>	Herr C. Janiak (Schweiz)	Frau L. Wall (Neuseeland)

Berichterstatter des Ausschusses für die 130. Versammlung

Frau G. Cuevas (Mexiko)
Frau J. Nassif (Bahrain)

Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentariern

	<i>Ordentliche Mitglieder</i>	<i>Stellvertretende Mitglieder</i>
Präsident:	Herr J. P. Letelier (Chile)	Frau C. Giaccone (Argentinien)
Vizepräsident/in:	Frau A. Clywd (Vereinigtes Königreich)	Frau M. Kiener Nellen (Schweiz)
Mitglieder:	<i>Vakant</i>	Herr B. Mbuku-Laka (DR Kongo)
	Herr K. Jalali (Iran)	A. B. M. Fazle Karim Chowdhury (Bangladesh)
	Herr U. Nilsson (Schweden)	Frau I. Støjberg (Dänemark)

Ausschuss für Nahostfragen

	<i>Ordentliche Mitglieder</i>	<i>Stellvertretende Mitglieder</i>
Präsident:	Lord Judd (Vereinigtes Königreich)	Herr G. Farina (Italien)
Mitglieder:	Frau Z. Benarous (Algerien)	Frau H. Amran (Indonesien)
	Frau M. A. Cristi Marfil (Chile)	Herr D. Papadimoulis (Griechenland)
	Frau M. Green (Schweden)	<i>Vakant</i>
	Herr T. Henare (Neuseeland)	Herr M. Sheetrit (Israel)
	Herr H. Franken (Niederlande)	Frau C. Guittet (Frankreich)
	Frau M. Mensah-Williams (Namibia)	<i>Vakant</i>

Gruppe der Moderatoren für Zypern

Mitglieder:	Frau R. M. Albernaz (Portugal)
	Herr J. Lobkowicz (Tschechische Republik)
	<i>Vakant</i>

Ausschuss zur Förderung der Achtung des humanitären Völkerrechts

	<i>Ordentliche Mitglieder</i>	<i>Stellvertretende Mitglieder</i>
Präsident/in:	Herr A. A. Cakra Wijaya (Indonesien)	
Mitglieder:		
<i>Afrika Gruppe</i>	Frau Y. Meftali (Algerien)	Herr E. Dombo (Uganda)
<i>Arabische Gruppe</i>	Frau M. Osman Gaknoun (Sudan)	<i>Vakant</i>
<i>Asien-Pazifik Gruppe</i>	<i>Aktueller Präsident</i>	Frau/Herr M. P. Phalusuk (Thailand)
<i>Eurasische Gruppe</i>	Frau V. Petrenko (Russische Föderation)	<i>Vakant</i>
<i>Gruppe Lateinamerikas und der Karibik</i>	Frau G. Cuevas (Mexiko)	Frau G. Franceschi (Costa Rica)
<i>Gruppe der Zwölf Plus</i>	Herr F.-X. de Donnea (Belgien)	Frau U. Karlsson (Schweden)

Beratergruppe für Angelegenheiten der Vereinten Nationen

Vorsitzender:	Herr M. Traore (Burkina Faso)
Mitglieder:	Herr M. Bouchouareb (Algerien)
	Herr D. Dawson (Kanada)
	Herr A. A. Doguwa Garba (Nigeria)
	Herr J. Fitzgibbon (Australien)
	Herr C. Frolick (Südafrika)
	Frau K. Komi (Finnland)
	Herr J. C. Mahía (Uruguay)
	Herr P. Martin-Lalande (Frankreich)
	Herr J. Moscoso del Prado (Spanien)
	Herr F. Naek (Pakistan)

Beratergruppe für HIV/AIDS und Müttern, Neugeborenen und Kindergesundheit

Präsidentin:	Frau L. Davies (Kanada)
Vizepräsident/in:	Frau Th. Khumalo (Zimbabwe)
Mitglieder:	Frau S. Al Jowder (Bahrein)
	Frau P. Bayr (Österreich)
	Herr M. B. Goqwana (Südafrika)
	Frau M. Ibrahimgizi (Aserbaidshan)
	Herr M. Jagannath (Indien)
	Herr R. Kawada (Japan)
	Herr T. Yahya (Indonesien)

Koordinierungsausschuss der Parlamentarierinnen

Präsidentin:	Frau Dr. N. Assegaf (Indonesien)
Erste/r Vizepräsident/in:	<i>Vakant</i>
Zweite Vizepräsidentin:	Frau B. Amongi (Uganda)

Regionale Gruppen***Ordentliche Mitglieder******Afrika Gruppe***

Frau Z. Drabo (Burkina Faso)

*Vakant****Arabische Gruppe****Vakant**Vakant****Asien-Pazifik Gruppe***

Frau Dr. N. Assegaf (Indonesien)

Frau E. Abdulla (Malediven)

Stellvertretende Mitglieder

Frau S. Shope-Sithole (Südafrika)

Frau M. Semetta (Mauretanien)

Frau I. Al Wazir (Palästina)

Frau A. Talabani (Irak)

Frau K. Ghosh Dastidar (Indien)

Vakant

Eurasische Gruppe

Frau A. Naumchik (Belarus) *Vakant*
Frau E. Semenova (Russische Föderation) *Vakant*

Gruppe Lateinamerikas und der Karibik

Vakant Frau Y. Ferrer Gómez (Kuba)
Frau D. Padierna Luna (Mexiko) *Vakant*

Gruppe der Zwölf Plus

Frau F. Dağci Çiğlik (Türkei) *Vakant (Deutschland)*
Frau U. Karlsson (Schweden) Frau M. André (Frankreich)

Mitglieder im Exekutivausschuss der IPU

(ex officio, für die Dauer ihrer Amtszeit):

Frau F. Diendéré Diallo (Burkina Faso)
Frau R. Kadaga (Uganda)
Frau N. Motsamai (Lesotho)
Frau S. Moulengui-Mouélé (Gabun)
Frau I. Passada (Uruguay)

Vorsitzende des Treffens der Parlamentarierinnen

Frau B. Amongi (Uganda), *ex officio, für zwei Jahre*

Partnerschaftsgruppe Männer-Frauen

Die vom Exekutivausschuss ernannte Gruppe hat folgende Mitglieder:

Herr F. Drilon (Philippinen)
Frau R. Kadaga (Uganda)
Frau I. Passada (Uruguay)

Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (ASGP)**Mitglieder im Exekutivausschuss der ASGP**

Präsident: Herr M. Bosc, Kanada
Vizepräsident: **Herr Prof. Dr. U. Schöler (Deutschland)**
Vizepräsidentin: Frau D. K. K. Mwinga (Sambia)

Mitglieder: Herr Dr. J. P. Montero (Uruguay)
Herr G. J. A. Hamilton (Niederlande)
Herr V. Svinarev (Russische Föderation)
Herr A. Zvoma (Simbabwe)
Herr I. Neziroglu (Türkei)
Herr P. Schwab (Schweiz)
Herr A. N. Majid (Irak)
ehemaliger Präsident: Herr Dr. H. Amrani (Algerien)

